dem Gesichtspunkte der republikanischen Demokratie hinter dem Auftreten des Erzherzogs Josef als Gouverneur von Ungarn monarchistische Bestrebungen befürchten, sucht das Ungarische Telegraphenbureau die wahre Bedeutung des Unternehmens des Erzherzogs Josef durch den Hinweis darauf klarzustellen, daß die vom Erzherzog Josef ernannte Regierung erklärt hat, den Erzherzog Josef als Gouverneur von Ungarn anzuerkennen, bis die Nation die Staatsform Ungarns auf konstitutionellem Wege festgestellt haben würde. Ferner hat der Erzherzog im Amtsblatt der Regierung über die Bedeutung seiner Aufgaben als Gouverneur eine amtliche Erklärung abgegeben und auf Befragen erklärt, daß er nicht im Interesse der Monarchie arbeite, sondern in der geradezu trostlosen Lage Ungarns auf die von allen Seiten an ihn gelangten Aufforderungen hin die Aufgabe übernahm, bis zur Wahl der Nationalversammlung die Tätigkeit zur Rettung des Vaterlandes zu leiten und die freie, unbeeinflußte Willensäußerung der Nation zu sichern, damit sie durch eine Vertretung auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes selbst über ihre Staatsform und über ihre Zukunft entscheide. Sobald die Nationalversammlung zusammentrete, sei seine Tätigkeit von selbst zu Ende. Die Entscheidung der Nationalversammlung werde allen heilig sein.

Budapest, 12. August. Das Ung. Telegr. Korr.-Bur. meldet: Der Verweser von Ungarn, Königlicher Prinz Josef hat nach seinen Besprechungen mit den politischen Parteiführern diese aufgefordert, einen Entwirrungsplan auszuarbeiten. Dieser Aufforderung Folge leistend sind die Parteiführer zu einer Beratung zusammengetreten, die im Laufe des heutigen Tages beendet sein dürfte. Die Vereinbarung wird sodann dem Verweser unterbreitet werden.

Budapest, 12. August. Der Kriegsminister Schnetzer erläßt einen Aufruf zur Organisierung eines Nationalheeres, das von einem gesunden Geiste durchdrungen sein müsse. Aus diesem Grunde wird den Soldaten das Politisieren untersagt und das vor der Oktoberrevolution gültige Dienstreglement wieder in Kraft gesetzt.

Die Schiffsverluste der deutschen Kriegsflotte im Weltkriege

Die Verluste der deutschen Kriegsflotte an Schiffen, die sie im Verlaufe des Weltkrieges erlitten, sind mit Ausnahme des großen Kreuzers „Friedrich Karl", dessen in der Ostsee durch ein feindliches U-Boot erfolgte Versenkung geheim gehalten wurde, schon früher im einzelnen bekannt geworden. Die Größe dieser Verluste wird aber erst jetzt durch eine übersichtliche Zusammenstellung in der „Flotte", der Monatsschrift des Deutschen Flottenvereins, in ihrer ganzen Bedeutung veranschaulicht. Es werden hier, genau mit Namen benannt, alle die Schiffe aufgeführt, die im offenen Kampfe gegen den Feind rühmvoll untergingen, nämlich: 1 Linienschiff, 7 große Kreuzer, 17 kleine Kreuzer, 1 [illegible], 111 Torpedoboote (davon 19 Zerstörer), 21 große und [illegible] kleine Boote und 178 U-Boote (davon 82 in [illegible] im Atlantischen Ozean, 3 in der Ostsee, 72 an [illegible] Küste, 10 im Mittelmeer [illegible]). [illegible]

Zum Kohlenstreik in Oberschlesien

[illegible]

der Grenzsperre und des Belagerungszustandes. Wie begründet verlautet, soll noch heute versucht werden, Verhandlungen einzuleiten.

Kattowitz, 12. August. Die Pressestelle des Staatskommissariats meldet: Der Streik im oberschlesischen Kohlenbezirks greift immer weiter um sich. Man kann den Ausstand auf gut 60 v. H. des gesamten oberschlesischen Kohlenbergbaues bemessen. Sehr bedauerlich ist wieder der Schaden, der der deutschen Volkswirtschaft durch diesen neuerlichen politischen Streik erwächst. Nach nur oberflächlicher neuerlicher Berechnung dürfte der Lohnausfall dieser beiden Streiktage etwa eine Million Mark betragen. Der Wert der ausgefallenen Kohlenförderung aber etwa vier Millionen Mark.

Berlin, 12. August. Die Hauptpapierfabriken in Oberschlesien Ziegenhals und Krappitz haben ihren Betrieb wegen Kohlenmangels und Transportschwierigkeiten völlig eingestellt.

Kohlennot und Eisenbahn

Berlin, 12. August. Der Verkehrsminister Oeser hielt gestern für die Mitglieder der Berliner Handelskammer einen Vortrag über die Betriebslage der Staatseisenbahnen und den Herbstverkehr. Ohne eine Steigerung der Kohlenförderung, sagte er, werde ein Erwachen unseres Wirtschaftslebens nicht möglich sein. Es wird vielleicht nötig werden, durch Reichsgesetz die Verwendung der Rohkohle in der bisherigen Form zu verbieten. Die Ursachen der Lokomotivennot lägen in der starken Abnutzung während des Krieges. Der Minister will sich dafür einsetzen, daß so viel Kohlen wie möglich abgefahren werden. Es ist aber damit zu rechnen, daß für längere oder kürzere Zeit für andere Güter eine Sperre eintreten werde. Zur Verminderung der Notlage will Oeser auf die Arbeiterschaft dahin einwirken, daß die Reparaturen in kürzerer Zeit vollendet werden.

Einfuhr billiger Lebensmittel?

Weimar, 12. August. Für die nächsten Monate ist mit einem weiteren Sinken der Lebensmittelpreise im Reiche zu rechnen. Berliner und Hamburger Engroshändler verhandeln mit holländischen und dänischen Firmen über eine Masseneinfuhr billiger Auslandslebensmittel und haben die erforderlichen Schritte bei den Einfuhrstellen des Reiches bereits eingeleitet.

Rotterdam, 12. August. Wie der Börsenberichterstatter des „Manchester Guardian" schreibt, hat auf 13 englischen und [illegible] südamerikanischen Schiffen die Befrachtung der argentinischen Weizenladungen für Deutschland begonnen. Bei Lloyds in London und für Weizentransporte für Deutschland aus Argentinien für 763 Millionen Schilling Versicherungen abgegeben.

Der Kalistreik vor seinem Ende?

Berlin, 12. August. Die „Voss. Ztg." meldet aus Halle: Die von der Streikleitung einberufene Konferenz der deutschen Kaliarbeiter, die gestern in Halle tagte, hat beschlossen, in geheimer Abstimmung, obwohl fast ausschließlich Unabhängige vertreten waren, den Generalstreik der Kaliarbeiter als aussichtslos abzubrechen.

Zum Wiederaufbau

Berlin, 12. August. Heute fand in Weimar eine Kabinettssitzung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Bauer statt, in der die Kommission für den Wiederaufbau, die in Versailles verhandelt hatte, Bericht erstattete. Die bisher erzielte Annäherung zwischen der deutschen Kommission und der der Gegenseite, sowie die großen Schwierigkeiten, die dem Wiederaufbau noch entgegenstehen, wurden eingehend besprochen. Die Kommission fährt heute abend nach Berlin, wo in den nächsten Tagen die Einzelverhandlungen fortgesetzt werden.

Die Ratifikation verschoben?

Frankfurt a. M., 12. August. Die „Frankf. Ztg." berichtet: Wie die „Times" aus Ottawa melden, hat die britische Regierung eingewilligt, daß Großbritannien die endliche Ratifikation des Friedensvertrages bis zum Wiederzusammentritt des kanadischen Parlamentes im Dezember verschiebt. Man durfte bisher glauben, daß Großbritannien die erste Macht unter unseren bisherigen Gegnern sein würde, die dem Friedensvertrag zur internationalen Rechtsgültigkeit verhelfen würde. Verzögert auch die britische Regierung die Ratifikation, so wird die Hoffnung immer geringer, daß sich die drei Hauptmächte zur Ratifikation bereitfinden werden, um den Friedensvertrag rechtskräftig zu machen.

Uebergriffe der Ententetruppen

Berlin, 12. August. Die englischen und französischen Besatzungstruppen haben dem Vernehmen nach neue schwere Uebergriffe im besetzten Gebiet sich zuschulden kommen lassen. Ein Polizist ist bei [illegible] von Düsseldorf ohne Grund erschossen worden. Eine Beschwerdenote mit der Forderung auf Untersuchung ist abgesandt. Eine Frau [illegible], Gattin eines deutschen Ingenieurs, geborene Französin, wurde unter Demütigungen verhaftet, nach Besançon gebracht, kehrte zurück, wurde von neuem verhaftet und nach Frankreich verschleppt. Ueber ihren Verbleib ist nichts festzustellen. Auch in diesem Falle fordert eine Note Aufklärung.

Malmedy besetzt

Malmedy, 12. August. (Havas-Reuter.) Die belgischen Truppen haben heute mittag Malmedy besetzt.

Andrew Carnegie †

Amsterdam, 12. August. Das „Alg. Handelsblad" meldet aus London, daß der Milliardär Andrew Carnegie gestorben ist.

Abtransport der Deutschen aus Kurland

Mitau, 11. August. Gegenüber den Zweifeln an dem Abtransport der deutschen Truppen aus Kurland wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß selbst die lettischen Zeitungen, denen der Abtransport der Deutschen bisher auch nicht schnell genug ging, jetzt mit Genugtuung feststellen, daß der Abtransport in schnellem Tempo stattfindet. Es wird bekannt, daß General Etievant zum obersten Militärbevollmächtigten Frankreichs für die Ostseeländer ernannt ist. Er wird seinen Wohnsitz in Helsingfors nehmen. Die finnische Regierung hat der lettländischen mitgeteilt, daß sie in den nächsten Tagen einen Vertreter nach Riga schicken werde.

Zur Ablieferung der Handelsflotte

Hamburg, 12. August. Am letzten Sonnabend wurden von der Handelsflotte 114 Schiffe mit einem Gesamtinhalt von 1 320 000 Kubikmeter abgeliefert, darunter 35 Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie.

Widerlegte Verleumdung

Die in der „Deutschen Tageszeitung" vom 11. August von einem Herrn Debus unter der Ueberschrift „Die Futterkrippe" gebrachte Enthüllung über eine angebliche internationale Bankgründung aus dem Jahre 1917 des damaligen Abgeordneten Erzberger in der Schweiz ist frei erfunden. Weder der Abgeordnete noch der Reichsfinanzminister Erzberger hatten irgendwelche Beziehungen zu einer Züricher oder Luzerner Bankfirma Cecil, Aktiengesellschaft.

Englands Seemachtstellung in Gefahr

Haag, 12. August. Laut „Nieuwe Courant" schreibt Hurd im „Daily Telegraaf": Aus Lloyd Statistik gehe hervor, daß die führende Stellung Englands als seefahrende Macht nicht mehr unantastbar sei. Die Vereinigten Staaten und Japan würden zweifellos alle Kräfte anspannen, um England zu verdrängen. Der Schiffsbau in England gehe zurück, während er in Japan und Amerika dauernd wachse.

Nachrichten aus Sachsen

Ministerpräsident Gradnauer an General Müller

Ministerpräsident Gradnauer hat an General Müller, Kommandeur der Grenzjäger-Brigade 1, folgendes Telegramm gerichtet:

„Teile des Reichswehr-Regiments Nr. 37 sind am 8. August am Bahnhof Chemnitz in schwerbedrängte Lage geraten. Infolge des massenhaften Andranges einer Volksmenge die durch Verbreitung unwahrer Behauptungen über die Absichten der Truppen irregeleitet wurde, kam es zu erbitterten blutigen Kämpfen. In diesen Kämpfen hat eine größere Anzahl Offiziere und Mannschaften das Leben eingebüßt, noch mehr wurden zum Teil schwer verwundet. Die Regierung beklagt diese Verluste aufs schmerzlichste, spricht sowohl dem Truppenteil, wie den Angehörigen der Getöteten und Verletzten, ihr tiefempfundenes Beileid aus. Sie dankt allen, die im Dienste des Freistaates tapfer und treu bis in den Tod ihre Pflicht erfüllt haben.

Leider befinden sich manche Kreise der Bevölkerung in der falschen Auffassung, als seien unsere Reichswehrkameraden Gegner des arbeitenden Volkes. Das Gegenteil hiervon ist wahr. Die Reichswehr ist ein Teil des arbeitenden Volkes und nur dazu bestimmt, die öffentliche Ruhe zu sichern, die unerläßlich ist, wenn unser tief darniederliegendes Wirtschaftsleben wieder gesunden soll. Aus Anlaß der beklagenswerten Vorkommnisse ersucht die Regierung die Bevölkerung in Chemnitz, wie im ganzen Lande, die Besonnenheit zu wahren und durch Einsicht und Vernunft die Wiederkehr so trauriger Ereignisse, wie sich in Chemnitz zugetragen haben zu verhüten. Dr. Gradnauer, Ministerpräsident."

Bedrohliche Lage der Kohlenversorgung

Die sächsischen Handelskammern sind vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung auf die bedrohliche Lage der Kohlenversorgung für den kommenden Winter aufmerksam gemacht worden. Infolge des gewaltigen Rückganges der Förderung und der Einschränkung der Einfuhr, und durch die umfangreichen Abgaben an die Verbandsmächte auf Grund des Friedensvertrages treten, werden nur die allerlebenswichtigsten Betriebe der Industrie einigermaßen mit Brennstoffen beliefert werden können. Hierzu sind allein zu rechnen: die Stickstoffindustrie, die Düngemittelfabriken, die Salzwerke, die wichtigsten Betriebe der Ernährungsindustrie und die Lokomotivfabriken. Die übrige Industrie kann nur mit der Deckung eines ganz geringen Bruchteils ihres Bedarfs rechnen [illegible] Es steht deshalb zu befürchten, daß die Verringerung der Zufuhr an die Industrie so groß sein wird, daß eine einschneidende Senkung der Produktion und weitgehende Arbeiterentlassungen selbst in lebenswichtigen Industriezweigen eintreten werden, wenn nicht in letzter Minute eine ganz außerordentliche Steigerung der Kohlenerzeugung in den Bergwerken erzielt wird. Trotz wiederholter Erörterungen dieser Sachlage in den Tageszeitungen möchten doch auch die Handelskammern nicht versäumen, die von ihnen vertretenen Kreise auf die jetzt schon als ausgesprochene Krise in der Brennstoffversorgung der Industrie zu bezeichnende Kohlennot nachdrücklich hinzuweisen und sie zur äußersten Sparsamkeit beim Verbrauche ihrer Zufuhren dringend anzuhalten.

Zur Sozialisierung der Elektrizität

[illegible]